

Die Uhr tickt

Landkonflikte in Malaysia

Malaysia wächst: Wirtschaftlich und in der Infrastruktur, die immer moderner wird. Ressourcen werden abgebaut, Monokulturen angelegt, oft zum Nachteil dort lebender indigener Völker. Doch diese wehren sich immer mehr: Sie blockieren, demonstrieren und ziehen vor Gericht.

Raphael Göpel

Wer kennt sie nicht, die Luftaufnahmen von sich durch den immergrünen Regenwald fressenden, braunen Holzfällern und Fotos scheinbar unendlich, bis zum Horizont reichender, in perfider Ordnung gepflanzter, eintöniger, Ölpalmlantagen? Solche Bilder stammen oft aus Indonesien oder Malaysia und zeugen nicht nur von der Zerstörung einer einzigartigen Biodiversität, sondern auch von der Vernichtung seit Generationen genutzter Gebiete indigener Völker. Landnahmen in Malaysia betreffen insbesondere indigene Völker, die zunehmend Widerstand leisten. Neben Abholzung und großflächigen Monokulturprojekten, die das Land der Indigenen zwangsläufig verändern, erzwingen andere Großprojekte, wie der Bau von Dämmen, die Umsiedlung dort lebender Menschen. Die gegenüberstehenden Akteure sind vor allem Organe des malaysischen Staates oder der malaysischen Bundesstaaten und sowohl nationale als auch internationale Privatunternehmen der Holz- und Ölpalmindustrie sowie Bauunternehmen. Im Wesentlichen werden die Gewohnheitsrechte der Indigenen ignoriert, welches ihr traditionell genutztes Land, Jagdgebiete und Fischgründe sowie sakrales Land umfasst. Wirtschaftlichen Projekten wird Vorzug vor den Interessen und Bedürfnissen indigener Gruppen gegeben. In den letzten Jahren hat auf der einen Seite die wirtschaftliche Expansion in – aus der Sicht des Staates – unerschlossenes Land zugelegt, auf der anderen Seite hat sich der Widerstand unter Indigenen verstärkt.

Im Schatten der Entwicklung der malaiischen Halbinsel

Der 1998 neu eröffnete moderne Flughafen von Kuala Lumpur ist für viele Reisende der Eintritt nach

Der Autor arbeitet in der Öffentlichkeitsarbeit der Hilfsorganisation Help in Bonn. Er schrieb seine Masterarbeit über Indigene in Sabah und hat dort die NGO PACOS in der Abteilung Landrechte unterstützt.

Malaysia. Die Autobahn vom Flughafen in die Hauptstadt durchquert ein Gebiet, in dem vor dem Bau des Megaprojektes zwei Dörfer von Indigenen lagen. Dies ist nur ein Beispiel von Umsiedlungen und Einschränkungen, welche die Indigenen in den letzten Jahrzehnten erleiden mussten.¹ Die etwa 150.000 Menschen zählenden indigenen Völker der malaiischen Halbinsel werden kollektiv als Orang Asli bezeichnet und umfassen drei soziokulturelle Hauptgruppen mit weiteren Subgruppierungen. Ihre Situation in Malaysia ist schwierig; der Armutsanteil unter den Orang Asli liegt weitaus höher als unter anderen Malaysiern. Der Zugang zu Schulen ist verhältnismäßig schlecht; bei vielen Jugendlichen führt der Mangel an Perspektiven zu einem früheren Schulabbruch und in schlecht bezahlte Lohnarbeit in Fabriken, auf Plantagen oder im Dienstleistungssektor.

Weitere Einschränkungen ihrer Rechte, sowohl politisch als auch in ihrer Wirtschaftsform, beispielsweise durch Beschränkungen der Jagd und Fischerei durch angelegte Schutzreservate und der fehlende Zugang zu Infrastruktur, führen zu weiteren strukturellen Nachteilen der Orang Asli. Sie werden in vielen Bereichen durch eine eigens für sie gegründete Behörde, das Department of Orang Asli Affairs, kontrolliert. Die Dörfer der Orang Asli sind zumeist in Gebieten, die der Staat als sein Eigenes betrachtet, unter anderem Waldschutz- und Wassereinzugsgebiete. Es besteht das Interesse, die Orang Asli von dort umzusiedeln, um sie in neuen, besser erreichbaren Siedlungen besser kontrollieren zu können und Pläne für Entwicklungsprojekte auf dem Land der Orang Asli umsetzen zu können.

Sarawak und Sabah: Rechte vorhanden – aber?

Die Landkonflikte in den beiden ostmalaysischen Bundesstaaten auf Borneo sind ähnlicher Natur, jedoch ist die historische und politische Situation der Indigenen eine andere, als die der Orang Asli. Die Indigenen im malaysischen Borneo haben mit etwa

50 Prozent in Sarawak und etwa 47 Prozent in Sabah zunächst einen beträchtlich größeren Anteil an der Gesamtbevölkerung der Bundesstaaten und somit eine gewichtigere politische Stimme als die Orang Asli. Zudem haben sie – theoretisch und juristisch – Rechte an ihrem Land. Ihre Gewohnheitsrechte, welche die Nutzung von ihrem angestammten Land einschließen, sind in Landrechtsgesetzen offiziell festgelegt. Diese stammen noch aus der britischen Kolonialzeit und gelten bis heute in beiden Bundesstaaten. Umgesetzt werden die Landrechte Indigener kaum. Schwierigkeiten treten zum Beispiel beim Nachweis von langjähriger Bewirtschaftung auf, die durch den Wanderfeldbau, den die meisten Indigenen in Borneo betreiben, erschwert wird, sowie bei den Behörden, die Anträge auf Landtitel oft über Jahre hinweg bearbeiten. Bei bereits auftretenden Konflikten sind die Gerichtsprozesse langatmig und zäh, und oft werden sie zugunsten von Großprojekten übergangen. Widerstandleistende, die auf Straßen und Wegen Blockaden errichten, werden regelmäßig festgenommen und zum Teil auch inhaftiert. In Sarawak ist auch die offensichtliche Verflechtung des Ministerpräsidenten Taib Mahmud mit Wirtschaftsunternehmen ein deutlicher Nachteil für die Durchsetzung der Rechte betroffener Indigener.

Die großflächige und schnell fortschreitende Abholzung des Regenwaldes, auf dem anschließend Ölpalmpflanzungen angelegt werden, ist hinreichend bekannt. Auch da schon seit den 1980er Jahren Umwelt- und später Menschenrechtsorganisationen Kampagnen gegen die Abholzung, vor allem in Sarawak, starteten. Neben dem Verlust des Regenwaldes und der Habitats von Orang-Utans standen besonders Kampagnen für die Land- und Menschenrechte der Penan, die traditionell nomadisch lebten, im Zentrum der Kampagnen. Die Penan bauten Blockaden gegen Holzfäller und leisten bis heute Widerstand gegen das Eindringen in ihr Land. Sie wurden hierzulande unter anderem durch den Schweizer Umweltaktivisten Bruno Manser bekannt, der im Jahre 2000 im Regenwald Borneos verschwand und seither verschollen ist. Neben der immer weiter fortschreitenden Zurückdrängung der Penan, von denen mittlerweile nur noch ein kleiner Teil nomadisch lebt, kam es seit Ende der 2000er Jahre zu sexuellen Übergriffen von Mitarbeitern von Holzunternehmen gegenüber Mädchen und Frauen der Penan. Dies führte zu einer weiteren Einschüchterung und der Ausbreitung von Angst unter den um ihre Rechte kämpfenden Penan. Während der Bundesstaat diese Vorfälle zunächst abstrikt, untersuchte nach zunehmendem Druck von NGOs eine Kommission des Mi-

nisteriums für Familie, Frauen und lokale Entwicklung den Fall und bestätigte die Übergriffe.

Auch das Landrecht in Sabah ist für die indigenen Gruppen positiv ausgelegt. Allerdings mangelt es auch hier an der Umsetzung der Rechte der Indigenen. Ähnlich wie in Sarawak haben viele Indigene Landtitel beantragt und ein Großteil wartet seit Jahren auf die Bearbeitung durch die zuständige Behörde. Daneben sind auch viele Landkonflikte zwischen Indigenen und Unternehmen bzw. dem Staat noch vor Gericht zu entscheiden.

Wie viele Dämme braucht Malaysia?

Neben der Abholzung des Regenwaldes und der Installation von Ölpalmpflanzungen sind seit den 2000er Jahren die Indigenen Malaysias vermehrt von dem Bau von Dämmen und daraus resultierenden Umsiedlungen betroffen.²

Viele Studien haben bereits die fatalen Folgen von Umsiedlungen durch Groß- oder Megaprojekte aufgezeigt: Armut und Verschuldung, Alkoholismus, De-



Die Abholzung des Regenwaldes in Kelantan durch Großunternehmen drängt die Indigenen von ihrem traditionellen Land.

Foto: Galus Ahtoi

pression und Jugendkriminalität treten häufig auf.³ Die Gruppen kommen oft nach der Umsiedlung schlechter mit den neuen Umweltbedingungen zurecht und es kommt zu Verknappung der Nahrung aus Wasser und Wald. Weitere Stressfaktoren führen zu sozialen Problemen innerhalb der umgesiedelten Gruppen. In Sarawak sind derzeit 23 Staudämme, in Sabah 16 geplant. Die Staudammprojekte sind zum einen aufgrund ihrer Dimension in Frage zu stellen. Es wird zum Beispiel darüber nachgedacht, Strom aus Sarawak nach Westmalaysia zu exportieren. Zum anderen wird die Art und Weise ihrer Durchführung kritisiert. Es zeigte sich, dass bei den Vorhaben die betroffenen Bewohner indigener Siedlungen nicht oder nur unzureichend konsultiert werden, so beispielsweise beim geplanten Kaiduan Damm in Sabah. Dies widerspricht dem Konzept des Free, Prior and Informed Consent, festgehalten in der UN-

Erklärung über die Rechte der indigenen Völker, also der freien und informierten Zustimmung der betroffenen Indigenen vor Projektbeginn.

Lokaler Widerstand, Vernetzung und NGOs

Während in Sarawak schon lange ein großes Interesse internationaler NGOs besteht, ist dies in Westmalaysia und Sabah geringer. Allerdings sind in Malaysia selbst viele lokale Organisationen, Netzwerke und Bündnisse entstanden, die eng miteinander kooperieren und indigene Themen bearbeiten. Zentral ist dabei das Netzwerk der indigenen Völker Malaysias (JOAS), das als Dachverband von über 50 malaysischen Organisationen Lobbyarbeit leistet. Der Austausch mit anderen NGOs aus Südostasien und mit Teilnehmern der UN Arbeitsgruppe über Indigene Bevölkerungen hat sich als fruchtbar erwiesen.

NGOs haben sich durch die Vernetzung stark professionalisiert und beachtliche Arbeit geleistet. So werden auch abgelegene indigene Dörfer bei der Festhaltung und Vermessung ihres traditionellen Landes unterstützt, indem sie durch Workshops auf ihre Rechte und Möglichkeiten, Landtitel zu erhalten, hingewiesen werden. Bewohner indigener Dörfer, die einen Landkonflikt haben, werden in der Anwendung von GPS-Geräten geschult und oft bei Gerichtsverfahren begleitet.

Entwicklungen ihren Netzwerken, das heißt, anderen Aktivisten, Influencern, NGOs und Medien, mitzuteilen. Dabei werden Informationen und Bilder über das Internet schnell ausgetauscht und verbreitet. Hier ist es von Vorteil, dass die Internetverbreitung und dessen Nutzung in Malaysia hoch und die Nutzung von Smartphones unter Aktivisten gängig sind. Die Aktivisten bedienen sich dabei Weblogs und sozialer Netzwerke wie Facebook oder Microbloggingsystemen wie Twitter. Während dieser Artikel geschrieben wurde, wurden Angehörige der Temiar, einer Orang Asli Gruppe, bei Protesten verhaftet. Noch bevor einige wenige malaysische Medien darüber berichteten, wurde die Verhaftung via Twitter und Facebook gestreut, ebenso »klassisch« per SMS. Auch in anderen Diskursen, besonders bezüglich der Meinungsfreiheit, hat sich bereits gezeigt, dass das Setzen von Malaysia auf neue Technologien und eine Informationsgesellschaft, und das Festhalten an einer Kontrolle der Medien bzw. der öffentlichen Meinung mittelfristig nicht funktionieren kann. Wenn Smartphones noch leistungsfähiger werden und sich in Malaysia noch weiter verbreiten, kann dies bei zukünftigen Konflikten eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

Erste Erfolge stärken den Widerstand

Indigene Gemeinschaften sowie Individuen konnten bereits Fälle vor Gericht gewinnen, vermehrt auch in den letzten Jahren. In Westmalaysia gewannen die Orang Asli den »Sagong Tasi Land Rights Case« in 2009, der aber von der malaysischen Bundesregierung unmittelbar angefochten wurde. In Sarawak gewann ein Langhaus der Iban, das größte indigene Volk Sarawaks, im Jahre 2007 einen wichtigen Prozess.⁴ Weitere Erfolge anderer Indigener folgten in den Jahren darauf, unter anderem die über zwölf Jahre dauernde gerichtliche Auseinandersetzung mit einer Gruppe der Kayan aus Long Teran Kanan. Auch im benachbarten Sabah kam es 2010 zu einigen wichtigen Gerichtsurteilen zugunsten Indigener.

Bei Blockaden und Demonstrationen ist die unmittelbare Vernetzung und Verbreitung von Informationen, insbesondere von Fotos via Internet, bedeutend geworden. In den letzten Jahren fanden beachtliche Demonstrationen statt; davon wurden zwei harsch und innerhalb der ersten Stunde von der Polizei aufgelöst. Dies betraf eine Demonstration der Orang Asli mit über 2.000 Teilnehmern vor dem Amt des malaysischen Ministerpräsidenten in Putrajaya, Kuala Lumpur. Bereits 2008 wurde eine Demonstration von indigenen aus Gesamtmalaysia von der Polizei ohne genannten Grund aufgelöst.



»Unser Land ist unser Leben, respektiert endlich unsere Rechte«, fordern die Indigenen in Sabah.

Foto: Galus Ahtoi

Internet als Chance?

Viele Aktivisten in Malaysia nutzen verstärkt das Internet als Kommunikationskanal, um aktuelle

**Der Kampf ums Land:
Neue staatliche Strategien**

Neben den Verzögerungs- und Hinhaltenaktiken von offizieller Seite, gab es im letzten Jahrzehnt einige interessante neue Strategien der Behörden. In Sabah wird seit wenigen Jahren versucht, den *communal title* unter indigenen Gemeinschaften zu propagieren. Im Landrecht wird in Sabah zwischen Staatsland, inklusive der Waldschutzgebiete und Nationalparks, privatem Land und indigenem Land unterschieden. Bei dem indigenen Land wird unterschieden zwischen den *indigenous titles* und *communal titles*. Letztere beziehen sich bei vielen Gruppen zum Beispiel auf Jagd- und Fischgründe, die kollektiv von einer Dorfgemeinschaft genutzt wurden oder auch auf sakrale Gebiete. In anderen Fällen, wie beispielsweise in der gemeinschaftlichen Nutzung von Waldflächen, kann und konnte dies ein wichtiger rechtlicher Aspekt für die Dorfgemeinschaft gegenüber den Interessen Dritter sein. Allerdings ist der *communal title* heutzutage nicht unproblematisch und es kann zu verschiedenen Auffassungen in der indigenen Gemeinschaft kommen, sobald individuelle Interessen gegenüber kollektiven Rechten präferiert werden.⁵ In Sabah wird die Vergabe von *communal titles* nun mit Entwicklungsprojekten gekoppelt, das heißt Land wird einer Gemeinschaft mit dem Zusatz zugesprochen, dass das Land entwickelt werden muss und zwar mit Monokulturen, wie zum Beispiel der Ölpalme. Der Anbau setzt des Weiteren die Kooperation mit einem Unternehmen oder einer halb- oder staatlichen Organisation voraus. Darauf sind bisher nur einige wenige Gemeinschaften eingegangen. Hingegen wurde dies beispielsweise im Tongod Distrikt⁶, wo seit Jahren ein Landrechtsstreit zwischen mehreren indigenen Dörfern und Ölpalmenunternehmen besteht, energisch abgelehnt. Dort setzen die Betroffenen weiterhin auf die Durchsetzung ihrer Gewohnheits- bzw. Landrechte.

Auf der malaiischen Halbinsel wurde von Seiten der Regierung der Versuch gestartet, Orang Asli von ihrem angestammten Land umzusiedeln, indem jeder Familie 2,9 Hektar Land versprochen wird. Die Umsiedlungen zielen dabei auf Regionen, in denen großflächige Agrarprojekte unter der Kontrolle des Staates oder eines beauftragten Unternehmens durchgeführt werden. Als weiterer Nachteil würden die Orang Asli hierbei ihr traditionelles Land verlieren, inklusive bereits anerkanntem Land.



Die Proteste werden lauter und deutlicher.

Foto: Galus Ahtoi

Menschenrechtskommission startet Untersuchung

Immer wieder wird bei Landkonflikten von Indigenen in Malaysia deutlich: Eine deutliche Zunahme von Landrechtsstreitigkeiten in den letzten Jahren, eine lange Wartezeit der Verhandlungen bei Konflikten, und das Verweigern des Rechts auf Selbstbestimmung indigener Gruppen. Die malaysische Menschenrechtskommission SUHAKAM startete daher 2011 eine nationale Untersuchung über die Landkonflikte mit Indigenen auf der Halbinsel, in Sabah und Sarawak. Laut SUHAKAM gab es alleine zwischen 2005 und 2010 etwa 1.800 Fälle von Landkonflikten, von denen weniger als zehn bis jetzt gelöst wurden.

Dabei tickt die Uhr, und zwar zum Nachteil der indigenen Bevölkerung. Wenn die vielen Landrechtsfragen nicht bald geklärt werden und die erfolgreichen Verzögerungs- und Hinhaltenaktiken von staatlicher und unternehmerischer Seite beibehalten werden, sowie langsame, über Jahre sich hinziehende Gerichtsprozesse eher die Norm als die Ausnahme sind, dann werden viele Indigene ihr Land verlieren, zumindest so wie es einmal war. Denn die Abholzung geht weiter, Ölpalmensetzlinge werden weiter gepflanzt, und sogenannte Entwicklungsprojekte wie Dämme werden weitergebaut; täglich.

Literatur

- 1) Nicholas, Colin (2000): The Orang Asli and the Contest for Resources. Indigenous Politics, Development and Identity in Peninsular Malaysia. Center for Orang Asli Concerns & IGIA.
- 2) Dokumentation »Drowned Forests and Damned Lives«, online unter: <http://youtu.be/SIHQMyYA1jU>
- 3) Fallbeispiel z. B. Yong, Carol (2003): Flowed Over: the Babagon Dam and the Resettlement of Kadazandusuns in Sabah. COAC.
- 4) Hierzu sei der Film des Borneo Projects: »Rumah Nor: A land right test for Malaysia« empfohlen. Online unter: <http://youtube.de/DX3FQwqsXpQ>
- 5) Doolittle, Amity (2010): Property & Politics in Sabah, Malaysia: Native struggles over land rights. University of Washington Press.
- 6) Göpel, Raphael: Zwischen Reisfeld und Fabrik in: südostasien 3/2009.